

(27.07.2018 – 07.08.2018)

Grüner Pressespiegel

Partei Vorstand

03.08.2018 – GRÜNE: Obelisk – Er war ein Fremdling und wir sollten ihn beherbergen

„Unbeirrt der Angriffe auf die Kunstfreiheit von rechts stehen die Grünen weiter für den Erhalt des Obelisk in Kassel“, stellt Vanessa Gronemann, Sprecherin der Kasseler Grünen und Landtagskandidatin, für ihre Partei fest. „Wir erwarten daher mit Spannung das Ergebnis der Begegnung von Olu Oguibe mit Oberbürgermeister Geselle.“

Dass der Obelisk in Kassel bleiben solle, ist mit breiter Mehrheit im Stadtparlament beschlossen worden. Jetzt gehe es um den Standort und den Zeitpunkt seiner Verlagerung. Mit dem Einverständnis des Künstlers, dass der zukünftige Standort beim Documenta-Institut sein soll, müsse jetzt geklärt werden, wo dieser Standort genau sei. Man müsse eine Vorstellung davon haben, wie sich das Kunstwerk auf das Gebäude beziehe, ebenso spielten die Sichtachsen zum Kunstwerk eine bedeutende Rolle.

„Wir Grüne sind uns darüber bewusst, wie schwierig die Standortbestimmung ist, da das documenta Institut ja noch nicht gebaut ist. Der Oberbürgermeister hat deshalb unsere Rückendeckung, sollte er mit dem Künstler eine Vereinbarung treffen, die den Obelisk noch für eine Übergangszeit auf dem Königsplatz belässt“, so Gronemann. „‘Er war ein Fremdling und wir sollten ihn beherbergen‘ – Diese Abwandlung des Zitates sollten wir uns zu eigen machen.“

Rathausfraktion

02.08.2018 – Grüne: Pakt für den Nachmittag – Die Betreuung der Kinder steht im Fokus

„Der Pakt für den Nachmittag ist bildungs- und sozialpolitisch der richtige Weg“, stellt Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, bildungspolitische Sprecherin der grünen Fraktion, bezüglich der aktuellen Berichterstattung klar. „Es ist sowohl bildungspolitisch richtig, den Schulunterricht mit der Jugendhilfe zu verzahnen, als auch sozialpolitisch wichtig, eine für alle Kinder zugängliche Ganztagsbetreuung zu organisieren. Beides macht der Pakt für den Nachmittag.“

Dabei werde der Hort auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen. „Die hier arbeitenden Fachkräfte sichern mit ihren Kompetenzen die Qualität der Bildungs- und Betreuungsangebote. Die Einbindung der Fachkräfte in die Betreuungsstruktur des Paktes ist ein wichtiges Qualitätskriterium.“

Darüber hinaus stehe ein Hortplatz nur unter vorgegebenen Kriterien zur Verfügung, wie z.B. Berufstätigkeit der Eltern, für deren Kinder sei die Betreuung bis 17.00 Uhr eine wichtige Ergänzung. Teilweise werde die Finanzierung der Horte sogar über den Pakt gesichert.

„Für uns Grüne steht ohnehin die Betreuung der Kinder im Fokus und nicht deren Organisationsform. In diesem Sinne brauchen sich die Fachkräfte in den Horten auch keine Sorgen um ihre Absicherung zu machen, denn der Bedarf an Fachpersonal für Kinderbetreuung nimmt zu. Dafür brauchen wir alle und sollten auch weiterhin an einem Strang ziehen.“

„Die Kritik an den zeitlichen Abfolgen und der Dichte von Unterricht und Betreuungsphasen nehmen wir selbstverständlich ernst und sind offen, wie bereits auch in der Vergangenheit, gemeinsam mit den Akteur*innen an den Verbesserungen zu arbeiten. Kinder brauchen einen rhythmisierten Schulalltag, der eine ausgewogene Balance von Lernen, Entspannung und Bewegung bietet. Die Zusammenarbeit von Lehrkräften und Erzieher*innen werden wir weiter unterstützen. Auch in der deutlichen Erhöhung der Schulsozialarbeiter*innen durch die schwarz-grüne Landesregierung sehen wir als deutliches Signal, dass auch hier der Wille zur Gestaltung von Bildungsgerechtigkeit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur in den Wahlprogrammen steht.“

Bettina Hoffmann, MdB

01.08.2018 – Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit zusammen denken

Im Rahmen ihrer Sommertour besuchte die umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Dr. Bettina Hoffmann die Modefirma Melawear in Kassel. Das Unternehmen produziert faire und ökologische Kleidung, wie zum Beispiel die ersten GOTS (Global Organic Textile Standard)-zertifizierten Sneakers, zu erschwinglichen Preisen. "Firmen wie Melawear beweisen, dass Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit sich nicht ausschließen", so Hoffmann.

Toxische Bestandteile in Farbstoffen sowie Weichmacher und Schwermetalle werden oftmals in der Produktion von Kleidung eingesetzt. "Sind die Stoffe bioakkumulativ, nimmt der Körper diese durch den direkten Kontakt der Kleidung mit der Haut auf und fügt dem Organismus gesundheitlichen Schaden zu", erläutert Hoffmann. Der klare Verzicht auf diese

Komponenten, habe in mehrfacher Hinsicht einen positiven Effekt auf Mensch und Umwelt.

Besonders begrüßt die Bundestagsabgeordnete das langfristige Ziel von Melawear, den Cradle-to-Cradle-Ansatz möglichst weit auszuführen. Bei der Herstellung wird mitgedacht, wie das Produkt dem biologischen oder technischen Kreislauf zurückgeführt werden kann. So wird von Anfang an darauf geachtet, dass die Bestandteile des Produkts sich selbst abbauen oder wiederverwendbar sind. "Dieser Ansatz ist durchaus auch in anderen Branchen umsetzbar. Melawear macht vor, wie es in der Modebranche funktionieren kann", so Hoffmann.

Rathausfraktion

01.08.2018 – Grüne: Den Sommer in den Freibädern genießen – mit längeren Öffnungszeiten!

„Die Hitzewelle macht erfinderisch: allerorten versuchen die Menschen, ihre körperlichen und geistigen Aktivitäten in die Morgen- und Abendstunden zu organisieren“, stellt der grüne Fraktionsvorsitzende Dieter Beig schwitzend fest. „Auch ich habe meinen Schreibtisch in den Keller verlegt. Wir Grüne regen daher an, die Öffnungszeiten der Freibäder, wie auch beim Auebad, zumindest an einigen Tagen auf 22 Uhr auszudehnen, um den Kasseler Bürgerinnen und Bürgern Abkühlung zu verschaffen.“

„Das kürzlich als Hessens schönstes Freibad gekürte Freibad Wilhelmshöhe, aber auch das wunderschön sanierte Freibad Harleshausen und das neu gebaute Auebad zeigen deutlich, dass wir Grünen damals genau richtig unnachgiebig für den Erhalt der Kasseler Bäderlandschaft gekämpft haben. Diesen Genuss sollten wir uns in den lauen Sommernächten auch in allen drei Bädern bis 22 Uhr gönnen.“

Rathausfraktion

01.08.2018 – Grüne unterstützen Forderungen des Radentscheids

„Wir Grüne unterstützen die Forderungen des am Wochenende gestarteten Radentscheids, weil mit der gezielten Förderung der Radwege die Lebensqualität für alle Menschen in Kassel weiter verbessert wird“, freut sich Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin der grünen Fraktion, über das bürgerschaftliche Engagement der Initiative. „In Zeiten zunehmender Diskussionen über Luftqualität, Lärm, Klimawandel, aber auch Gesundheitsvorsorge, führt aus unserer Sicht kein Weg an einer Erhöhung des Radverkehrsanteils vorbei. Da mehr als die Hälfte der mit dem Auto zurückgelegten Wege in Kassel kürzer sind als fünf Kilometer, stehen die Chancen gut, mehr Menschen für den Umstieg aufs Rad begeistern zu können.“

„Im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) der Stadt Kassel, den die Stadtverordneten bereits beschlossen haben, ist die Steigerung des Radverkehrsanteils ebenfalls ein wichtiges Ziel. Im VEP sind beispielsweise der Ausbau des Radwegenetzes, der fahrradfreundliche Umbau von Kreuzungen und die Erhöhung des Radverkehrsbudgets als Maßnahmen genannt.“ Besonders wichtig sei es, Menschen zu motivieren, die bisher aufs Rad verzichten, weil sie sich im Straßenverkehr unsicher fühlen. Die Zielsetzung des Radentscheids, dass sich alle Menschen „von 8 bis 88“ zu Fuß und per Rad sicher durch die Stadt bewegen können, treffe daher auf Grüne Zustimmung.

Koch: „Die inhaltlichen Forderungen des Radentscheids sind nachvollziehbar und gut begründet. Die Festlegung konkreter Ziele, z.B. wie viele Kreuzungen in jedem Jahr radfreundlich umgebaut werden sollen, ist aus unserer Sicht mit Augenmaß erfolgt. Die Intention des Radentscheids, die Stadt Kassel durch eine veränderte Verkehrsplanung lebenswerter zu machen und wieder den Menschen und nicht das Auto in den Mittelpunkt zu stellen entspricht auch unserer grünen Haltung.“ Die Grünen wollen bei ihren Koalitionspartnern und den anderen Fraktionen im Stadtparlament für die Unterstützung des Radentscheids werben und freuen sich auf die inhaltliche Debatte.

Bettina Hoffmann, MdB

01.08.2018 – Aktionsgemeinschaft Agrarwende Nordhessen im Umwelthaus in Kassel

Im Rahmen ihrer Sommertour traf sich die GRÜNE Bundestagsabgeordnete Dr. Bettina Hoffmann mit Vertreterinnen und Vertretern der Aktionsgemeinschaft Agrarwende Nordhessen (AGA) im Umwelthaus in Kassel. Die AGA versteht sich als eine Dachorganisation, die sich für eine nachhaltige, bäuerliche, ökologische Landwirtschaft und gegen Massentierhaltung einsetzt. "Eine solcher Zusammenschluss ist wichtig, um sich gegenseitig zu stärken und auf Erfahrungen von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden aufzubauen", so Bettina Hoffmann zur Gründung der AGA.

Die Aktionsgemeinschaft nutzte die Gelegenheit zur Vorstellung ihre Struktur, anstehender Initiativen und Veranstaltungen. Öffentlichkeitsarbeit ist einer ihrer Schwerpunkte. Hinzu kommt die praktische Arbeit zum Beispiel bei Schulprojektwochen zu Ernährung und nachhaltiger Landwirtschaft.

Hoffmann berichtete aus dem Bundestag über die Fraktionsarbeit. Verbesserung der Haltungsbedingungen von Tieren, Schutz der Gewässer vor Eintrag von Nitrat oder resistenten Keimen, Prämien für Weidetierhaltung oder Reduzierung der Medikamentengaben in der Tierhaltung waren wichtige Themen der letzten Monate. Bettina Hoffmann erläuterte: "Wenn wir unser Anliegen

durchsetzen, Reserveantibiotika in der Tierhaltung zu verbieten und die Mengen an Antibiotikagaben insgesamt drastisch zu senken, wird sich das auf die Art der Tierhaltung und die Bestandsgröße, gerade bei Mastgeflügel, auswirken. Das ist gut für die Tiere und gut für die Gesundheit der Menschen.“

Am Ende eines sehr konstruktiven Treffens war schnell klar, dass man mit einander im Austausch bleiben will.

Karin Müller, MdL

31.07.2018 – Beitragsfreie Kindergärten im Landkreis Kassel: Viele Familien werden finanziell deutlich entlastet

Aus Sicht der zuständigen Landtagsabgeordneten für den Landkreis Kassel, Karin Müller, ist es ein riesiger Schritt für die Familienfreundlichkeit, dass viele Familien vom 1. August 2018 für die Betreuung ihrer Kinder im Kindergarten für sechs Stunden täglich keine Beiträge mehr bezahlen müssen. „Das Land Hessen ermöglicht es unseren Kommunen durch die Landesförderung, Familien mit Kindergartenkindern finanziell zu entlasten“, erklärt Müller. „Die Gebühren legen die Kommunen selber fest, daher hängt die konkrete Ersparnis für Eltern von den Gebührensätzen in der jeweiligen Gemeinde ab. In Hessen kann die Entlastung für Eltern rund 5000 Euro über die gesamte Kindergartenzeit betragen. Die Entlastung nutzt allen Familien, weil die Eltern so Beruf und Familie noch besser vereinbaren können und die Kinder eine Betreuung erhalten, die ihnen gute und gerechte Entwicklungschancen garantiert.“

Das Land Hessen bezahlt jeder Gemeinde und Stadt, die sechs Stunden beitragsfreie Kita-Betreuung anbietet, einen Zuschuss von 136 Euro pro Kind, das dort lebt. Hessenweit beteiligen sich bereits jetzt mehr als drei Viertel aller Kommunen an der beitragsfreien Betreuung; die Anmeldefrist für das Angebot des Landes läuft noch. „Wir sind sicher, dass weitere Kommunen von dem Angebot der Landesregierung Gebrauch machen und die Landesförderung beantragen werden. Insgesamt fließen in den nächsten beiden Jahren über 1,5 Milliarden Euro in die Kinderbetreuung – so viel Geld hat noch keine Landesregierung in die Zukunft unserer Kinder investiert“, erklärt Müller.

Die Abgeordnete weist darauf hin, dass zusätzlich zur Beitragsbefreiung auch die Qualität der Kinderbetreuung weiter verbessert wird. „Für uns GRÜNE ist die Qualität der Betreuung ebenso zentral. Deshalb begrüßen wir es, dass die Landesregierung die entsprechende Qualitätspauschale ebenso erhöht hat und die Kommunen, die nach dem Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan arbeiten, bis 2020 bis zu 300 Euro pro Kind bekommen.“

Partei Vorstand

27.07.2018 – Einen zweiten NSU darf es nicht geben!

GRÜNE aus Göttingen und Kassel äußern sich zu jüngsten Enthüllungen um rechtsextreme Combat 18

Nach den Reportagen über Aktivitäten der gewaltbereiten rechtsextremen Gruppierung "Combat 18" äußern sich die GRÜNEN in Göttingen und Kassel. Sie kritisieren das zögerliche Vorgehen der Behörden gegen Rechts und die schleppende und unvollständige Aufklärung nach rechtsextremen Gewalttaten.

Gregor Kreuzer, Mitglied im Kreisvorstand der Grünen in Göttingen: "Die jüngsten Enthüllungen um Combat 18 und die Rolle des Kaufmänners Neonazis Stanley R. werten wir als deutliches Alarmsignal. Von solchen Zellen, die sich mit Waffen und Munition eindecken, geht eine große Gefahr aus. Zum Schutz der Bürger*innen müssen die Behörden diese Gefahr sehr ernst nehmen. Dass die neonazistische Szene in dieser Gegend gewaltbereit ist, hat sie mehrfach unter Beweis gestellt, zuletzt bei einem Angriff auf zwei Journalist*innen im Eichsfeld durch Vertraute des NPD-Kaders Thorsten Heise. Dass die Staatsanwaltschaft trotz belastender Fotos von den Tätern keinen dringenden Tatverdacht sieht und stattdessen an der Glaubwürdigkeit der Opfer zweifelt, ist im wahrsten Sinne des Wortes bemerkenswert. Vor dem Hintergrund der Recherchen der NDR-Journalistinnen für Panorama scheint dieses träge Vorgehen des Rechtsstaates nicht nur grob fahrlässig, sondern wirft weitere Fragen auf.“

"Nach der Verurteilung im Prozess Beate Zschäpe, die viele Fragen insbesondere zur Verweigerung deutscher Behörden in die Morde des NSU offen gelassen hat, muss der deutsche Staat, insbesondere Polizei und Verfassungsschutz, zeigen, dass er in der Lage ist, mit voller Härte und Wirksamkeit gegen rechte Gewalt vorzugehen. Einen zweiten NSU-Komplex darf es nie wieder geben. Daher müssen rechtsextreme Strukturen mit aller Macht bekämpft werden", kommentiert Vanessa Gronemann, Vorsitzende der Kasseler Grünen. "Das ist zu Recht die Erwartung der Bürger*innen.“